BLICKPUNKT

DONNERSTAG, 9. JULI 2020

„Frau Merkel, wir brauchen Ihre Hilfe“

INTERVIEW Der geflohene Demokratie-Aktivist Nathan Law aus Hongkong fordert eine entschlossene Reaktion Deutschlands

Sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt: Kaum trat das neue Sicherheitsgesetz für Hongkong in Kraft, floh Demokratie-Aktivist Nathan Law aus der Sonderverwaltungszone. Er will im Ausland weiter für die Unabhängigkeit Hongkongs kämpfen. FOTO: LAW/NH

Jahrelang hat er für Freiheit in Hongkong gekämpft, war Parteichef der demokratischen Partei Demosisto. Vor wenigen Tagen ist Nathan Law aus Hongkong geflohen – aus Angst vor der Verhaftung durch chinesische Sicherheitsbehörden.

VON FLORIAN QUANZ

Hongkong – Unsere Zeitung ist die erste in Deutschland, mit der Nathan Law (26) nach seiner Flucht aus Hongkong gesprochen hat. Es war ein Telefonat mit einem Demokratie-Aktivisten, der durch seinen Mut beeindruckt, aber zugleich seine Angst nicht verbergen kann. *(Anm. übersetzt aus dem Englischen)*

Herr Law, kaum ist das neue Sicherheitsgesetz für Hongkong in Kraft getreten, sind Sie aus der Sonderverwaltungszone geflohen. War diese Entscheidung lange im Voraus überlegt?

Hongkong zu verlassen war für mich mehr als eine persönliche Entscheidung. Wir brauchen jemanden, der den Kampf für die Freiheit in Hongkong auf internationaler Ebene fortsetzt. Diese Strategie steht hinter meinem Schritt. Ich denke, es muss Menschen geben, die diese Verantwortung übernehmen, wenn die Menschen vor Ort in Hongkong aufgrund der neuen Gesetzeslage sich nicht mehr für ihre Rechte einsetzen können.

Auf Twitter haben Sie geschrieben, dass sie nach dem Abheben ihres Flugzeuges ein letztes Mal wehmütig auf Hongkong geschaut haben. Wie schwer ist Ihnen die Flucht gefallen?

Es war wirklich eine schwierige Entscheidung, denn das Verlassen Hongkongs hat in meinem Fall bedeutet, Familie, Freunde und all die Menschen hinter mir zu lassen, mit denen ich viele Jahre zusammen gelebt und mich politisch engagiert habe. Aber wie gesagt, es geht hier um viel mehr als um meine Person. Ich bin überzeugt: Dies war die Entscheidung, die ich treffen musste.

Das bedeutet, Ihre Familie lebt weiterhin in Hongkong?

Ja, sie sind dort geblieben.

Wo halten Sie sich derzeit auf?

Meinen Aufenthaltsort möchte ich im Moment nicht verraten. Da bitte ich um Verständnis.

Fühlen Sie sich an ihrem Aufenthaltsort sicher?

Ja, im Moment bin ich in Sicherheit.

Haben Sie Angst, dass der chinesische Geheimdienst sie im Ausland verfolgen könnte?

Es ist denkbar, dass sie dies tun werden. Wir wissen, wie weit der Einfluss von China inzwischen reicht. Ich befinde mich in potenzieller Gefahr. Ich muss sehr vorsichtig sein. Ich bin mir dem Risiko bewusst, dem ich ausgesetzt bin.

Sprechen wir über die politische Lage in Hongkong. Bedeutet das neue Sicherheitsgesetz für Hongkong zugleich das Ende der dortigen Demokratie?

Wir haben in Hongkong nie Demokratie genossen. Die Regierungschefin wurde ja nicht direkt vom Volk gewählt. Das neue Sicherheitsgesetz ist das Ende unserer Freiheit. Am ersten Tag der Umsetzung, dem 1. Juli, wurden mehr als zehn Personen festgenommen. Und dies nur, weil einige von ihnen einen nun verbotenen Slogan auf einem Aufkleber hatten. Das ist der Beleg, wie schnell strafrechtliche Verfolgungen eingesetzt haben. Unsere individuellen Rechte sind jetzt begrenzt.

Ihre Einschätzung: Was wird in Hongkong nun passieren?

Die politischen Aktivisten sind in großer Gefahr, verhaftet zu werden. Die Freiheit zur politischen Meinungsäußerung wird in Zukunft kontinuierlich weiter eingeschränkt werden.

Die Europäische Union hält sich mit Kritik an China zurück, weil wirtschaftliche Interessen wichtiger scheinen als die Demokratie in Hongkong. Fühlen Sie sich als Demokratieaktivist von Europa im Stich gelassen?

Die Europäische Union sollte Handelsabkommen mit China nicht mehr wertschätzen als die Menschenrechtslage im Land. Es geht ja nicht nur um Hongkong. Wir müssen auch nach Tibet und Xinjiang schauen. Die Europäische Union oder einzelne Länder müssen endlich Maßnahmen ergreifen. Sie müssen der Welt zeigen, dass ihnen Menschenrechte in anderen Teilen der Welt nicht egal sind.

Großbritannien hat drei Millionen Hongkongern die britische Staatsbürgerschaft angeboten. Inwieweit hilft dies im Kampf für die Demokratie?

Zumindest bietet es eine Alternative für viele Menschen in Hongkong. Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, wie wir den Menschen vor Ort helfen können. Menschen, die sich in der demokratischen Bewegung Chinas Politik entgegenstellen. Die internationale Gemeinschaft muss konkrete Maßnahmen ergreifen. Ich denke da zum Beispiel an individuelle Sanktionen gegen die Beamten, die für das Sicherheitsgesetz in Hongkong verantwortlich sind.

Überlegen Sie persönlich, für sich die britische Staatsbürgerschaft zu beantragen?

Nein, darüber denke ich derzeit nicht nach.

China zeigt seinen Machtanspruch in der Welt immer offener. Wird Taiwan das nächste Opfer der Expansionspolitik sein?

Bestimmt. Taiwan ist in großer Gefahr. Deshalb müssen wir gemeinsam für unsere Freiheit kämpfen.

Möchten Sie eine Botschaft an die deutsche Bundeskanzlerin richten?

Die Welt blickt auf Hongkong. Liebe Frau Merkel, wir brauchen Ihre Hilfe. Es ist ein Kampf der Ideologien. Bedenken Sie: Den Wert, den Sie Hongkong beimessen, den messen Sie der Demokratie insgesamt bei.

ZUR PERSON

Nathan Law (26) wurde am 13. Juli 1993 in der Stadt Shenzhen in der chinesischen Provinz Guangdong geboren. Laws Vater stammt aus dem damals noch britischen Hongkong, seine Mutter aus der Volksrepublik China. Als Law sechs Jahre alt war, zog die Familie nach Hongkong. Nathan Law studierte an der Lingnan Universität in Hongkong Kulturwissenschaften und war Vorsitzender der Studentenvereinigung. Im April 2016 gründete er die Partei Demosisto und wurde ihr Vorsitzender. Bei den Legislativwahlen in Hongkong am 5. September 2016 wurde er in den Legislativrat der Sonderverwaltungszone gewählt. flq

Merkel offen für Diskussion um Rassismusstudie

Berlin – Im Streit um eine Studie über Rassismus in der Polizei sieht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) weiteren Diskussionsbedarf – trotz der definitiven Absage von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU).

Über die Studie werde demnächst in der Sitzung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beraten, kündigte Vizeregierungssprecherin Martina Fietz am Mittwoch in Berlin an. „Der Diskussionsprozess wird fortgesetzt in dieser Sitzung.“

Im Kabinett gibt es strittige Ansichten zu der Frage, ob eine wissenschaftliche Untersuchung von Rassismus in der Polizei nötig ist. Seehofer hatte die vom Innen- und Justizministerium anvisierte Studie mit dem Argument abgesagt, es gebe bei der Polizei keinen strukturellen Rassismus. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) will aber an der Studie festhalten. Welche Haltung Kanzlerin Merkel in der Frage einnimmt, wollte Vizeregierungssprecherin Fietz auf Nachfrage nicht mitteilen. In der Regierung werde ein „offener Diskussionsprozess“ geführt, sagte sie. afp

KURZ NOTIERT

Kramp-Karrenbauer will Lazarettzug

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will die EU mit einem Lazarettzug besser auf Epidemien und eine große Zahl Schwerverletzter vorbereiten. Mit Frankreich werde diskutiert, ob nach dem Vorbild von Flugzeugen zur medizinischen Evakuierung auch etwas für die Schiene entwickelt werden könne, sagte sie.

Klöckner: Weitere Hilfen für Wälder

Geplante weitere Millionenhilfen für die Wälder sollen laut Bundesagrarministerin Julia Klöckner zügig umgesetzt werden. Es gelte, die Unterstützung in diesem und im nächsten Jahr in die Fläche zu bekommen, sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch. Im Konjunkturpaket zur Coronakrise sind 700 Millionen Euro für die Forstwirtschaft vorgesehen.

China eröffnet Sicherheitsbüro in Hongkong

Hongkong – Rund eine Woche nach dem Inkrafttreten des umstrittenen „Sicherheitsgesetzes“ in Hongkong hat die chinesische Führung auch ihr eigenes Sicherheitsbüro in der Sonderverwaltungszone eröffnet. An dem Gebäude wurde am Mittwoch in Anwesenheit von Regierungs- und Polizeivertretern eine Plakette mit dem Namen des Büros enthüllt. Hongkongs pekingtreue Regierungschefin Carrie Lam sprach von einem „historischen Moment“ und einem „Meilenstein“.

Das Büro werde dazu beitragen, in der Finanzmetropole „ein intaktes Rechtswesen“ aufzubauen und die „nationale Sicherheit“ zu schützen, sagte Lam weiter. Der oberste chinesische Gesandte in Hongkong, Luo Huining, erklärte, die Stadt habe sich „von den Tagen verabschiedet, als sie in Bezug auf die nationale Sicherheit wehrlos war“.

Die Einrichtung wurde auf Grundlage des neuen chinesischen Sicherheitsgesetzes für Hongkong gegründet, mit dem Peking auf die monatelangen und teils gewalttätigen Massenproteste der Demokratiebewegung im vergangenen Jahr in der früheren britischen Kronkolonie reagierte. Das drakonische Gesetz erlaubt es der Pekinger Führung, gegen Aktivitäten vorzugehen, die sie als subversiv, separatistisch, terroristisch oder als Verschwörung mit ausländischen Kräften einstuft.

Bestraft werden unter anderem der Besitz von Flaggen, Aufklebern und Flugblättern, auf denen die Unabhängigkeit Hongkongs befürwortet wird. Wer das nun geltende Sicherheitsgesetz in Hongkong bricht, muss mit mindestens zehn Jahren Haft rechnen, könnte aber auch lebenslang im Gefängnis landen. afp

Landrat will Ende der Reisebeschränkung

Mit einer E-Mail an die Ministerpräsidenten der Küstenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat sich Gütersloh Landrat Sven-Georg Adenauer für die Aufhebung der Reisebeschränkungen für Menschen aus seiner Heimat eingesetzt. Mit Erfolg: Nach Niedersachsen dürfen Menschen aus Gütersloh ab Samstag wieder einreisen.